Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 5-6

Artikel: England und Amerika
Autor: Gadow, Reinhold
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157208

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

10. Jahrg. August/September 1930 Heft 5/6

England und Amerika.

Von **Reinhold Gadow**, Berlin.

Krieg zwischen England und den Vereinigten Staaten ist undenkbar. Austen Chamberlain u. a.

Why do nations go to war? To keep up or improve their standard of living.

(Warum führen Nationen Krieg? Um ihren Lebensstand zu erhalten oder zu verbessern.)

Preisaufsatz des amer. Naval Institute.

Professor James Shotwell-New York, als Vorkämpfer des Weltfriedens weithin bekannt, will in seinem Buch „Der Krieg als Mittel nationaler Politik" den Nachweis führen, daß der Krieg, „ehemals das normale, wenn auch äußerste und vom Staatsrecht in aller Welt anerkannte Mittel nationaler Politik", heute infolge der Verflechtung der Weltwirtschaft und Weltfinanzen und infolge seiner wissenschaftlich-technischen Übersteigerung kein lenkbares Mittel der Politik mehr sei. „Als Richtungsgeber der Geschichte tritt der Krieg seinen Rang ab an Gewerbefleiß und Arbeit, die allein künftig entscheiden werden. Auch der nationale Patriotismus muß daher auf seinen Ersatz durch friedliche Schlichtungsmittel bedacht sein. Der Kellogg-Pakt ist die Ausdrucksform des neuen Empfindens. Das Werk ist erst begonnen. Der Verzicht auf den Krieg wird aber erst in dem Maße, wie die einzelnen Staaten ihre Isolierung aufgeben, zu einem Faktor der wirklichen Politik." — Diese Sätze, von einem hervorragenden Menschen und Gelehrten gesprochen, fassen zusammen, was die Menschheit über Wünsche und Hoffnungen hinaus an Vernunftgründen zur Befreiung von der Geißel des Krieges beizubringen hat. Sie fallen in eine Zeit, wo die Nachwirkungen des Großen Krieges neue große Konflikte schon beinahe wieder in Reichweite gerückt haben. Unter ihnen steht nach der Masse der einbezogenen Belange und Kräfte das englisch-amerikanische Problem voran und wirft seine Schatten über alle anderen Machtfragen des Planeten. Die Rivalität der beiden Mächte ist offenkundig. Die Gestaltung ihres künftigen Verhältnisses zueinander wird jedoch verschieden gedeutet. Es steht die Frage zur Erörterung, ob ein Ausgleich der angelsächsischen Interessen in einer Form möglich ist, die dem englischen Weltreich seine weitere Existenz gestattet und die den angelsächsisch beherrschten Weltfrieden verbürgen würde, oder ob die England zu bietenden Bedingungen so schwer tragbar sind, daß das niedersteigende Reich um sein Leben kämpfen muß. Diese Fragestellung bedarf zunächst der Begründung.

Vorgeschichte und Lage.

Die Losreißung der Vereinigten Staaten vom englischen Mutterlande geschah in Auflehnung gegen eine übermütige, unverständige Fiskalpolitik.

Die Siedlerrasse behielt lange ihre sippenhafte Hinneigung zum Muttervolk ihres Kernteiles, jedoch drangen andere Bevölkerungselemente vor, und bekanntlich ist es nur auf eine Mehrheit von einer Stimme zurückzuführen, daß das Englische und nicht das Deutsche zur Staatssprache der neuen Nation ernannt wurde. Immerhin blieb die englische Kultur und Heimat dank ihrer Kraft und Würde das Vorbild der herrschenden Schichten bis in die neuere Zeit hinein. Unverkennbar ist die im Grunde respektvolle Einstellung des Amerikaners zum Land seiner früheren Vorfahren, jedoch ermäßigt sich mit fortschreitender Zeit und wachsender Bedeutung des neuen Staates die Bewunderung in Achtung, die Achtung in das mehr unpersönliche Empfinden, wie man es gegenüber Museumswerten und altem Hausrat hegt. Die Schönheit der englischen Landschaft, die Unberührtheit der efeuumsponnenen normannischen Kirchen aus dem 11. Jahrhundert, der Edelsitze aus der Tudorzeit, der Pomp der königlichen Empfänge sind Zeugen einer ehrwürdigen, aber schon entrückten und nicht mehr ganz maßgebenden Zeit. Hilaire Belloc erzählt, wie ein Amerikaner von Rang alles dieses besichtigte, auch die sächsischen Königsgräber und den Tower und vieles andere und seine Eindrücke wie folgt zusammenfaßte: „Yes, it is only a small island, and it has many times been conquered.“ (Ja, es ist nur eine kleine Insel und sie ist viele Male erobert worden.) — Während der ganzen Zeitspanne dieser allmählichen Abstandsvergrößerung hatte die amerikanische Politik mit der englischen hart zu kämpfen, und zwar war der Gegenstand des Kampfes das, woran das englische Weltreich seinen Aufstieg vollzogen hatte, der Seehandel und die Seeherrschaft. Wie man weiß, führte das englische Weltreich seit Cromwell und Elisabeth seine Kriege vorwiegend zur See, das Ziel der festländischen Eroberung war verlassen und an seine Stelle die Gewinnung des Ozeans getreten. Spanien-Portugal mußten sich bereits vorher beugen und ihr Handelsmonopol ausliefern, Holland folgte in blutigen Kriegen, die Bourbonen verloren an England ein Kolonialreich, das Frankreich der Revolution den Rest, Napoleon Europa. Wo die englische Flagge vordrang, folgte der Handel, bald war alle Konkurrenz von den Meeren verjagt, ein Netz von Stützpunkten für die englische Flotte rund um die Erde errichtet. Die Rechte der Neutralen galten in diesen Kriegen nichts. Ihr Handel mit den englischen Gegnern wurde untersagt, aufgebracht, geplündert, vernichtet. Blockaden wurden verhängt, und die englischen Prisengerichte schufen gültiges Recht durch ihre von keiner Macht anfechtbaren Entscheidungen. Versuche zur Auflehnung, wie die „bewaffnete Neutralität“ der nordischen Mächte, wurden mit schwerer Hand unterdrückt. Die Vereinigten Staaten hatten aber kaum ihre Selbständigkeit erreicht, als sie sich auch schon zum Gegner dieser tyrannischen Willkür erklärten und alsbald in ihre tiefsten Wirbel gezogen wurden. Auf die Verträge der jungen Republik mit Frankreich (1778) und Preußen (1785) über die Freiheit der Meere, d. h. das Recht des Neutralen, unbekümmert um die Kriegführenden seinen Handelsinteressen nachzugehen, soweit sie nicht Bannware umfassen, erwidert England 1793 durch einen portugiesischen Vertrag mit den algerischen Piraten, der diesen gestattete, über Gibraltar hinauszufahren und den amerikanischen

Handel zu brandschatzen. Als die Vereinigten Staaten daraufhin eine Flotte von Fregatten bauen und entsenden — die Geburtsstunde der amerikanischen Seemacht —, wächst aus manchem siegreichen Gefecht auch mit englischen Schiffen und der Ausräucherung der Korsaren, sowie der englischen Order in Council (1807), die den Kontinent für allen fremden Seehandel sperrt, der Krieg von 1812—15 empor, der die Vereinigten Staaten von neuem an den Abgrund führt. Zu Lande und zur See geschlagen, die Saaten vernichtet, die Indianer aufgewiegelt im Rücken, das Kapitol in Washington verbrannt, die Archive bestohlen, so blicken sie dem siegreichen Feinde nach. Neue vergebliche Bemühungen in späteren Jahren um eine Bereinigung des Seerechts, das der Brite nicht fahren läßt, scharfer Konflikt dann von neuem im Bürgerkrieg, als England die Südstaaten mit Waffen und Kaperschiffen unterstützt, ein letzter Versuch, den verhaßten Erben Washingtons und Hamiltons den Garaus zu machen. Aber die Zeiten haben sich bereits gewendet, die Nordstaaten gewinnen, und England muß das Alabama-Unrecht bezahlen. Es folgen die Haager Konferenzen, auf denen die Vertreter der Vereinigten Staaten von neuem mit tiefem Ernst ihre säkulare Forderung auf Freiheit der Neutralen zur See wiederholen. England findet noch Freunde genug, um die Abstimmung zu vereiteln. Im Clayton-Bulwer-Vertrag (1850) muß Nordamerika noch englische Garantie und englisches Geld für den Panamakanal suchen, im Hay-Pauncefote-Vertrag (1901) befreit es sich auch von dieser Fessel und wird freier Schirmherr seines wichtigsten Wasserweges.

England fühlt die Bundesfreundschaft erkalten. Statt der von Balfour vorgeschlagenen Streichung der Kriegsschulden wird ihm die Rechnung von 10 Milliarden $ präsentiert und die amerikanische Flotte wächst. Außerstande, seine Seemacht auf Kriegsstärke zu erhalten, und aufs Dringendste bestrebt, seine Finanzen zu ordnen, die Kriegsbeute sicherzustellen und seine zerstörten Märkte wieder aufzubauen, beginnt England mit der Abrüstung. Da ruft Ende 1921 das unwiderstehliche Gebot der Harding-Regierung die fünf Seemächte um den Verhandlungstisch nach Washington. Die japanische Gefahr ist brennend geworden, die Last des Flottenbaus beginnt zu drücken, man fühlt sich aber stark genug, dem allem ein Ende zu bereiten. Im Flottenvertrag von 1922 fällt das englisch-japanische Bündnis, Japan wird verkrüppelt und aus allen panasiatischen Träumen gestürzt. England muß die Flottengleichheit in Großkampfschiffen und Flugzeugträgern zugestehen, der ferne Osten ist befriedet und die Vereinigten Staaten stehen im ersten Range der Mächte. Noch verbleibt England die Überlegenheit zur See an Kreuzern, an Stützpunkten und an seiner mächtigen Handelsflotte, von der viele Schiffe als starke Hilfskreuzer zu fürchten sind. Aber die Vereinigten Staaten lassen nicht locker. Nach zwei vergeblichen Versuchen, in Genf und Rom, die kleineren Seemächte an den Vertrag anzuschließen und noch vergeblicheren Versuchen des Völkerbundes, die Abrüstung in Gang zu bringen, beruft Coolidge die fünf Seemächte im Juni 1927 von neuem, diesmal nach Genf. Italien und Frankreich halten sich fern, England wehrt sich für seine Kreuzer, die Konferenz scheitert. Aber schon zwei Jahre später ist England mürbe geworden, die neue Entente

mit Frankreich ist 1928 vom englischen Volke abgelehnt, die Konservativen sind gestürzt, Mc. Donald, der noch 1924 das Genfer Protokoll unterschrieb und sich auf Gedeih und Verderb dem Völkerbund einordnen wollte, muß nach Canossa-Rapidan zum Präsident Hoover. Die weiteren von England zu bringenden Opfer an Seemacht werden vereinbart, Japan wird überredet, und der Londoner Flottenvertrag vom 22. April 1930 besiegelt endgültig die Parität zwischen den angelsächsischen Flotten und zieht zugleich einen Schlußstrich unter die Geschichte der englischen absoluten Seeherrschaft, von der Navigationsakte Cromwells 1651 bis zur Gegenwart. Noch bleibt ihm sein Netz an Stützpunkten, in dem es Amerika weit überlegen ist, und seine Handelsflotte. Aber gegen die letztere hat sich Amerika mit der großen 10 000 t-Kreuzerklasse gerüstet, die England in den Konferenzen vergebens bekämpfte, und die Stützpunkte beginnen zu wanken. Auf Esquimault und Halifax ist bei dem Verhältnis Kanadas zu den Vereinigten Staaten nicht mehr zu rechnen, Bermuda, das stärkste Vorwerk vor der atlantischen Küste Amerikas, soll nach Mc. Donalds Verfügung nicht mehr besetzt werden, Jamaica und Trinidad liegen unter den Bomben der Flugzeuge, ihre erst drohende Nähe zum Panamakanal entwertet sie jetzt. So stehen die Vereinigten Staaten im Besitz der Seeherrschaft an ihrer Seite des Atlantik, stark genug, jeden von weither kommenden Angreifer abzuwehren, durch den Panamakanal und den künftigen Nicaragua-Kanal zur Verteidigung auf zwei Fronten befähigt, in sich wirtschaftlich versorgt. Die Frage der Freiheit der Meere blieb aus den Londoner Flottenverhandlungen heraus, obgleich ein Beschluß des Senatsausschusses unter Vorsitz Borahs mit 81 gegen 1 Stimme gefordert hatte, daß ihre Bereinigung die Voraussetzung für jede irgendwie maßgebliche Abrüstung sein müsse. Sie scheint nicht mehr dringend, wenn man bedenkt, daß keine Macht es wagen kann, gegen die Auffassung Amerikas in der Handhabung des Seerechts zu verstoßen und weiter annimmt, daß England entschlossen ist, sich dieser Auffassung anzupassen und nach der Forderung Hoovers auch die Hungerblockade zu den Requisiten der Vergangenheit zu legen. Ob diese beiden Voraussetzungen zutreffen, soll noch untersucht werden. Tatsache ist, daß England heute nicht einmal mehr die Blockade nach Art. 16 des V. B. unternehmen kann, also zur Absperrung eines festgestellten „Angreifers", ohne die U. S. A. herauszufordern. Die Kundgebungen Hoovers und Mc. Donalds bei Unterzeichnung des Flottenvertrags erklären den Krieg zwischen beiden Mächten für künftig undenkbar. Mißtrauen und Argwohn würden verschwinden, die bisherigen Fragen des Gegensatzes hätten ihren Sinn verändert. Der Friede sei gesichert, auch wenn beide Mächte verschiedene Wege zu gehen hätten, die eine m i t, die andere o h n e Verbindung mit der europäischen Politik. Der Kellogg-Pakt ist von 56 Staaten unterzeichnet. Was könnte geeignet sein, einen solchen Ruhezustand zu gefährden?

Kräfte und Motive.

Die militärische Opposition, die sich in jedem der drei Länder erhoben hat, welche den Drei-Mächtevertrag zu London (Teil III des Gesamtvertrages) unterzeichneten, und die gefährliche Spannung unter den beiden

restlichen Mächten Italien und Frankreich, läßt es notwendig erscheinen, zunächst das Bild der gesamten machtpolitischen Lage zu ergänzen. Was Japan anbetrifft, so gefällt sich die Opposition in den Vereinigten Staaten in dem Gedanken, daß das Inselreich Angriffsabsichten gegen die amerikanischen Besitzungen im fernen Osten hege und daß die heutige und künftige amerikanische Flotte nicht stark genug sei, dem an Ort und Stelle entgegenzutreten. Tatsache ist einmal, daß die strategischen Aussichten für ein solches Entsatz-Unternehmen, welches vom Panamakanal über Hawaii nach Guam und den Philippinen geführt würde, die größten Gefahren für die amerikanische Flotte bedeuten würde. Die Dauer des Anmarsches ist auf mindestens 14 Tage zu berechnen, für ein schnelles Geschwader vielleicht auch 10 Tage, Zeit genug für einen japanischen Angreifer, um die gering befestigten Werke der Philippinen (Verzicht im Washington-Vertrag 1922 auf weitere Befestigung!) zu überrennen und damit den notwendigen Stützpunkt für das anmarschierende Gros wegzunehmen. Daneben wäre mit Kleinkrieg gegen das letztere während des Anmarsches unter Benutzung der zahlreichen Inselgruppen am Wege und mit Luftaufklärung mancher Erfolg zu erwarten, so daß die anfängliche starke Überlegenheit des großen Gegners am Ziel aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt sein könnte. Nicht viel besser würde es stehen, wenn der amerikanische Angriff vom Südosten (Samoa) her angesetzt würde. Diese Möglichkeiten sind in Manövern und Kriegsspielen beider Parteien gründlich erforscht worden, ebenso der Gedanke eines japanischen Angriffs gegen Hawaii und die Westküste Amerikas, und es scheint festzustehen, daß der Verteidiger beiderseits im Vorteil ist, bezw. daß die Philippinen in der Luft hängen. Die Überfremdung Hawaiis mit japanischen Einwanderern sei nur gestreift. Was anderseits die japanischen Motive angeht, so darf trotz der außerordentlich starken wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht vergessen werden, daß fast alle Rückschläge, die das Kaiserreich seit dem Kriege erlitten hat — Vereitelung der Auswanderung, Rückzug aus China, Flottenvertrag —, unmittelbar auf die Vereinigten Staaten zurückzuführen sind und daß die Erfüllung nationaler Ziele nur bei Brechung dieses Widerstandes möglich erscheint. Namentlich die Siedelungsfrage und der Anspruch auf die panasiatische Führerrolle, wie sie Tagore seinerzeit der Nation nahelegte, winken als Preis einer heroischen Anstrengung. Hemmend wirken allerdings die innerpolitische Entwicklung und die Verarmung im Gefolge der Gründerkrachs nach dem Kriege und des Erdbebens.

Auf der anderen Seite des Planeten sehen wir England, durch den Niedergang seiner Seemachtmittel aus den amerikanischen Gewässern verwiesen, noch im Besitz einer starken Stellung, die mangels amerikanischer Stützpunkte auch von drüben her kaum angegriffen werden kann, und von der Nordsee über das Mittelmeer bis nach Singapore und Hongkong reicht. Aber die Seeverbindungen sind nicht mehr ausreichend geschützt durch die stark verminderte Flotte, und die Schlüsselstellung, die alte Rochadelinie der Weltmacht, zwischen Gibraltar und Aden, ist nicht mehr, was sie war. Flugzeug und Unterseeboot haben die Sicherheit dieser anscheinend für die Ewigkeit gebauten Route zerstört. Im Weltkrieg genügte ein Dutzend deut-

scher U-Boote, um den gesamten Handelsverkehr von dort zu verjagen, an die Küste zu drücken, oder, soweit er nach dem fernen Osten bestimmt war, auf die westafrikanische Route Sierra Leone, Ascension, Helena, Kapstadt, Durban, Mauritius zu verweisen. Damals aber lagen alle Stützpunkte und Kampfmittel des Mittelmeeres vereint in verbündeten Händen, heute bauen Italien und Frankreich namhafte Flotten, von denen jede einzelne zehnmal mehr moderne Mittel des Kleinkriegs enthält, als die Mittelmächte im Kriege besaßen. Fast geduldet wirkt England daneben mit dem Rest seiner Mittelmeerflotte, drohend und entscheidend allerdings als Schiedsrichter. Die weitere Linienführung der Zentralroute des Weltreichs ist nicht weniger gefährdet, der Suezkanal noch keineswegs gesichert, der Anspruch Ägyptens auf volle Souveränität am Kanal und im Sudan noch unerschüttert. Das französische Djibouti am Ausgang des roten Meeres vermag zwar nicht zu schrecken und die englische Strecke ist von da ab bis Singapore als sicher anzusehen (in Hongkong beginnt der japanisch-chinesische Machtkreis). Aber das Kopfende im englischen Mutterland liegt wieder unter der Drohung einer doppelt überlegenen französischen Luftmacht, der Ferngeschütze von Cherbourg, einer wachsenden U-Bootsflotte, die aus viel besserer Stellung operieren kann, als die deutsche in der Nordsee, und überhaupt eines Flottenprogramms von drohendem Ehrgeiz, das die letzte Lücke in Frankreichs starker Rüstung schließen soll und in Kreuzern eine Drohung, in U-Booten eine Lebensgefahr für den englischen Handel darstellt. Entlastend wirkt für England die vorläufige Unfertigkeit der amerikanischen und französischen Seerüstung, die Rivalität Italiens zu Frankreich, die wohl zur Zeit der stärkste Faktor der engeren europäischen Politik ist, und die Revisionsklausel (Art. 21) im Dreimächtevertrag, die eine Aufrüstung im Falle ungewöhnlich starker Rüstungen außenstehender Mächte vorsieht. Die Grenze der englischen Zugeständnisse scheint erreicht, und den Dominions wird bei der Reichskonferenz im September die Schicksalsfrage auch für die englische Flotte zu stellen sein. Man wird, um das machtpolitische Bild abzuschließen — da ja Mussolini erst das Jahr 1935 zum Schicksalsjahr ernannt hat und die französisch-italienischen Unterhaltungen wieder aufgenommen sind und ein unmittelbarer Konflikt aus Seemachtsfragen von heute auf morgen nicht zu erwarten steht — die Abwägung der Kräfte etwa auf das Jahr 1935/36 abstellen können und England-Amerika auf 100 %, Japan unverändert auf 65 %, Italien und Frankreich wesentlich stärker als heute, auf ca. 60 und 50 %, beziffern.

In der so umrissenen Lage sind noch keine zwingenden Motive zur gewaltsamen Veränderung sichtbar. Die Sicherheit Englands ist jedoch zu stark erschüttert, sowohl Amerika wie dem Kontinent gegenüber, als daß es nicht auf ihre Erhöhung alle Bemühungen zu richten hätte. Zwei Wege erscheinen vorgezeichnet: Der bedingungslose weitere Anschluß an die Vereinigten Staaten, der es in Europa nur wenig entlasten könnte, und der stärkere Anschluß an neue Verbündete und an das europäische System. Aber beide Wege führen nicht aus der dritten und stärksten Gefahr heraus, dem Angriff des amerikanischen Wirtschafts-Imperialismus. Be-

rufenere, wie Prof. Somary[1]) u. a., haben den Umfang dieser Gefahr vom europäischen Blickpunkt aus dargestellt. Eine täglich wachsende amerikanische Literatur leiht ihrem Bild die krassesten Farben. Das Eindringen der amerikanischen Überproduktion in die Märkte, denen Europa die Mittel zu entnehmen hat, um seine Rohstoffe zu kaufen, d. h. überseeische sowohl wie Binnenmärkte, steht vor aller Augen. Der jährliche Überschuß der amerikanischen äußeren Investierungen und Schuldenzahlungen dringt mit 1 Milliarde jährlich in die noch greifbaren billigeren Produktionsgebiete vor und erhöht dadurch die bereits unabsetzbar gewordene Überproduktion, in seinem Gefolge, wie Prof. Alfons Goldschmidt aus Lateinamerika schildert, überall Produktions-Aufblähung, vermehrte Lasten und Proletarisierung zurücklassend. In Europa arbeiten 3 Milliarden $, in Lateinamerika 4,5 Milliarden, in Canada 3, im ganzen Ausland über 15 Milliarden amerikanisches Kapital. Der ungeheure Geldvorrat, der unerschütterliche Reichtum an Rohstoffen schaffen ein furchtbares Wirtschaftszentrum. Hemmungslos fließt ihm das Kapital zu. Die Ford'schen Europa-Aktien werden überzeichnet bei ½% Rendite, in Deutschland geben wir 10—15 % für Leihkapital, in England 6 %. Die Krisis des inneren Absatzes, die steigende Erwerbslosigkeit (6 Millionen) läßt die Vereinigten Staaten nach dem Kampfmittel neuer Zollerhöhungen greifen, alle Reserven der Wirtschaft — die im Geschäftsjahr 1929 allein um 10 % des Aktienkapitals zunahmen — werden statt in sozialpolitische Fürsorge in den Kampf zu neuen Unterbietungen auf dem Weltmarkt geworfen, eine runde Milliarde wird den Atlantic-Reedereien gegeben, um das Geschäft zu erobern. Auf allen diesen Wegen stehen die Vereinigten Staaten und England sich als Hauptkämpfer gegenüber, so sehr auch alle übrigen industrieführenden Länder mitbetroffen werden.

Aber noch wurde das Öl und der Gummi nicht erwähnt, die stärksten Wirtschaftswaffen des englischen Weltreiches, um deren Mitbesitz Nordamerika mit Aufbietung aller Kräfte ringt. Die Niederlage von Mossul ist unvergessen, den Protest von 1920 lehnte Lord Curzon mit Hinweis auf die Bekämpfung britischer Konzessionen in Mittelamerika ab. Im Frieden von 1928, der nach dem Kampf um das Russenöl geschlossen wurde, konnte Amerika einen kleinen Anteil in Mesopotamien, Palästina und Niederländisch-Indien in Sicherheit bringen. Aber während die amerikanischen Quellen der Erschöpfung zueilen, eroberte England 75 % der Welt-Vorkommen durch neue Konzessionen in Venezuela, Costa Rica, Columbia, Ecuador, Mexiko. Allein 1927 drang englisches Ölkapital von 105 Millionen $ in Zentralamerika ein, so nach amerikanischer Darstellung[2]) einen Ölbalkan am Panamakanal schaffend. Im Frühjahr d. J. überbieten sich Standard Oil und Royal-Shell in Rumänien, Deterding siegt mittelst der Rüstungsanleihe, in Hinterindien wird im April von neuem ein Waffenstillstand geschlossen. Dieser Krieg, der den Kraftstoff der Gegenwart und Zukunft angeht, überschattet alle Konflikte der Welt.

[1]) Felix Somary, „Wandlungen der Weltwirtschaft seit dem Weltkriege"; Mohr, Tübingen, 1929.

[2]) Ludwell Denny, "We fight for Oil".

Die Hoffnung auf die neuen Verflüssigungsverfahren für Kohle nehmen ihm zwar etwas von seiner letzten Schärfe, jedoch nicht genug. Die Mittelmeerrivalität der Lateinstaaten sinkt neben ihm zum Nebenschauspiel herab. — Nicht anders mit dem Gummi. Das englische Monopol (Stevenson-Gesetz 1922) zwingt Amerika 1925 zur Plantagierung von 2 Millionen Morgen in Liberia, zu Landankäufen in Holländisch-Indien und selbst Britisch-Malaya, ohne das Übergewicht völlig erschüttern zu können. Hören wir, was die U. S. A. (nach Ludwell Denny) England als Friedensbedindungen zur Beendigung des Kampfes zu bieten haben: „Freie Hand für die Vereinigten Staaten in Latein-Amerika, Verzicht Englands auf Honduras und Jamaika, Einstellung der Konzessionsjagd in Zentralamerika, Einstellung des Ölkriegs. Geboten wird: Freie Hand für Großbritannien in seinen Kolonien und Interessensphären, Abbau der Schutzzölle gegen englische Waren, Vereinigung der Kriegsschuld, Erleichterung der englischen Schiffahrt (Amerika baut aber den Nicaragua-Kanal in der ausgesprochenen Absicht, ihn der amerikanischen Schiffahrt zu Vorzugstaxen zu reservieren), vereinte Seeherrschaft, vereinte Ausbeutung neuer Ölgebiete, offene Tür für beide in ihren Rohstoffgebieten." Freie Hand für U. S. A. in Lateinamerika bedeutet aber für England den allmählichen Verzicht auf rund 20 % der Gesamteinfuhr nach Argentinien [3]) (750 Mill. Frs.), 21 % nach Brasilien (400 Mill. Frs.), 18,4 % nach Chile (12,5 Mill. Frs.) u. s. w., zusammen für Lateinamerika ein Objekt von 1,5 Milliarden Frs. jährlich, vom Gebietswert Honduras' und Jamaikas nicht zu sprechen. In allen Punkten des Angebotes überwiegen die Opfer, die England bringen soll, die „vereinte Seeherrschaft" wie überhaupt das ganze Geschäft bedeutet eine societas leonina, in der das Übergewicht des einen und die Altenteilrolle des anderen nicht zweifelhaft sein kann. Was Professor Shotwell in seinem zu Anfang dieser Betrachtung angeführten Buch über den Frieden sagt, das „Vordringen von Gewerbefleiß und Arbeit" an Stelle des unlenkbaren Krieges als Schlichter der Geschicke, ist in Wirklichkeit eine Beschönigung für den Imperialismus des Dollars, für die hemmungslose Ausbreitung der Wirtschaftsmacht, die durch ein unerhörtes Glück der Lage wie der geschichtlichen Gestaltung die Mehrzahl der Trümpfe in die Hand bekommen hat, um der Welt ihren Willen aufzuzwingen, um weitere Ströme von Geld in ihr Bett zu leiten und um den schon jetzt unvergleichlichen hohen Lebensstand ihrer Einwohner zu wahren oder noch zu steigern. „Why do nations go to war? To keep up or improve their standard of living." Krieg ist alles, auch wenn Geschütze schweigen. Doch lassen wir Stimmen aus den beteiligten Lagern auf uns wirken, denn der Einwand liegt nahe, daß Dinge natürlichen Verlaufs und wirtschaftsüblichen Charakters hier durch eine trübe Brille gesehen werden.

Stimmen und Zeichen.

Japan verhält sich gegenüber der Flottenabrüstung, die ihm immerhin einige neue Opfer (U-Boote) auferlegte, sowie zur Frage des künftigen englisch-amerikanischen Verhältnisses nahezu schweigend. Wenn es

[3]) Lufft, Latein-Amerika.

sich über seine machtpolitische Lage äußert, so werden die Ziele seines nationalen Strebens selten berührt, jedoch bekämpfte die Opposition den Londoner Flottenvertrag, da er die nationale Sicherheit herabsetze. Der Ausbau von Singapore als englische Flottenbasis wird jedoch unablässig verurteilt. Es liegt den wichtigen japanischen Verbindungen mit den Reisgebieten von Süd-China und Hinderindien bedrohlich nahe und wirkt als Zwingburg für Malakka- und Sundastraße wie für den ganzen Archipel und allgemein den Weg von Ostasien nach Europa. Stärker waren die Gesten des japanischen Militärs. Ein Admiralstabsoffizier begeht Selbstmord, der Marineminister verlangt von London aus seinen Abschied, der Marschallsrat beurteilt den Vertrag abfällig, der Admiralstab grollt über seine Übergehung und fordert als Ersatz für die aufgegebenen U-Boote 20 neue Luftgeschwader für 100 Millionen Yen (250 Mill. Frs.), da die Sicherheit gegen Amerika erschüttert sei. Aus den Vereinigten Staaten klingt barsches Echo. Admiral Bristol erklärt vor dem Senatsausschuß, daß der Flottenvertrag Japan unzulässig stärke und das angestrebte Kräfteverhältnis 3:5 illusorisch mache. Auf die Frage, ob er einen japanischen Angriff gegen Amerika für möglich halte, erwidert er: „das nicht, aber wir sind nicht stark genug, den Krieg in Ostasien zu führen." Noch herber ist die Kritik der amerikanischen Opposition zur Frage des Verhältnisses mit England. Es heißt vor dem Senat und in der Presse, man sei wieder ein Opfer der englischen Hinterlist geworden (ein sehr ungerechter Vorwurf), und die Parität sei keineswegs erreicht. Admiral Jones verläßt die Londoner Verhandlungen, als Konzessionen drohen. Das alles brauchte noch nicht tragisch genommen werden, da auch die englische (und japanische) Marine den Vertrag bekämpfen. Aber alte Empfindlichkeiten werden wieder wach. Die amerikanische Marine kam 1917/18 England ohne jeden Enthusiasmus zu Hilfe, ja der Kriegsausgang war ihr gleichgültig, wie Admiral Sims später vor dem Senat bekundet.[4]) Einige Jahre danach sagt der amerikanische Admiral Plunkett öffentlich: „Wir müssen eine Flotte haben, groß genug, um England zu bekämpfen." An anderer Stelle: „Die U. S. A. sind die einzige Nation, die geeignet ist, eine große Flotte zu besitzen." Ein anderer sagt vor dem Senat: „Die Marine hat Hawaii (Pearl Habour) mit einer Ölstation ausgerüstet mit Hinblick auf einen Angriff Japans, vielleicht unter Mitwirkung Englands." Auch das sind wieder Äußerungen von Militärs, wenn auch in ihrer Freimütigkeit nicht zu überhören. Ganz anders sprach noch Theodor Roosevelt beim Waffenstillstand über das englisch-amerikanische Verhältnis, indem er das große amerikanische Flottenprogramm bekämpfte. „Für England ist die absolute Seeherrschaft eine Frage von Leben und Tod, das Reich könnte ihren Verlust nicht um eine Woche überleben. Amerika dagegen braucht eine Flotte nicht lebensnotwendig. Seit 30 Jahren war die englische Flotte unser Schild u. s. w." Aber Roosevelt hat den Ton nicht getroffen, den Amerika hören wollte, nachdem sein Präsident so furchtbar gescheitert war gegen die Raubgier der großen Mächte. Auch verdiente er keinen Glauben, der noch im

[4]) nach Hector Bywater, "Navics and Nations".

Mai 1910 dem deutschen Kaiser und seiner Regierung in Berlin beteuerte, Deutschland habe ganz Recht mit seiner Flotte, es müsse auf seine Sicherheit bedacht sein, und am gleichen Tage nach Hause schrieb: „Die Deutschen sind kriegstoll und wollen England und Frankreich überfallen.“ [5]) Stärker wirken die Stimmen der großen Friedenspolitiker Shotwell, Butler u. a., aber wir sahen schon, welche Auffassung von der amerikanischen Sendung ihrem Mahnen zu Grunde liegt, wenn sie im Auftrage der Carnegie-Stiftung die Welt bereisen und den Segen des „friedlichen Wettbewerbs“ verkünden, während ihre Wirtschaft und Marine zur Fanfare blasen, und im Senat Hale und Swanson die Kapitulation der englischen Stützpunkte in Amerika verlangen, Borah seine Freiheit der Meere fordert, Johnson und Reed den Vertrag bekämpfen, und im Repräsentantenhaus Britten die englische Flotte durch Versenken auf das Maß der heutigen amerikanischen herabgesetzt sehen will. Das krasseste Bild aber zeichnet John Carter in seinem furchtbaren Buche „Conquest“ mit dem Untertitel „Schmerzloser Imperialismus“, wenn er die künftige Sphäre unwiderstehlicher nordamerikanischer Welt- und Handelsherrschaft zeichnet, die ganz Amerika umfassen soll, dazu die Westküste Afrikas und Europas, und Ostasien über Japan und die chinesische Küste bis zum Sunda-Archipel, d. h. entsprechend dem Machtbereich einer Kriegsflotte und dem Versorgungsbereich einer Handelsflotte, die von keinem Gegner mehr etwas zu fürchten haben. Eine Studie des Historikers Dr. Brownson im Juniheft des Naval Institute verweist darauf, daß Amerika um das Pivot des Panamakanals die westliche Halbkugel beherrschen, und zum Mittelmeer, dem Angelpunkt des östlichen Weltreichs, Zutritt durch Verbindung mit England oder besser noch mit einer Mittelmeermacht erlangen müsse. Die bevorzugte Behandlung Italiens in der Schuldenfrage und bei späteren Anlässen, der Gegensatz zu England, und die wachsende Abneigung gegen das französische System — vergl. schroffe Ablehnung des Mittelmeer-Locarno — lassen hieraus für Italien günstige Aussichten folgern.

Das Echo aus England ist schwach. Chamberlains Ausspruch setzten wir als Motto an die Spitze dieser Abhandlung, heute bekämpft er den Flottenvertrag. Lord Lee von der Admiralität erklärte 1921 eine englisch-amerikanische Rivalität für „lächerlich und albern“. Kapitän Dewar in Brasseys Jahrbuch 1930 möchte die Frage der Freiheit der Meere durch englisch-amerikanisches Zusammenwirken bei Handhabung „notwendiger Blockaden“ lösen. Der „Round Table“, diese hochbedeutende Vereinigung bewährter englischer Reichspolitiker, verlangt März 1928 den sofortigen Verzicht Englands auf selbständige Ausübung seiner Seeherrschaft. „Die Tage seiner imperialistischen Versuchungen sind vorüber.“ Es muß bereit sein, seine Stärke in den Dienst des Völkerrechts, zur Unterstützung schiedsrichterlicher Entscheidungen zu stellen. „Wenn es sich weigert, wird es nur die Vereinigten Staaten zum Wettbewerb zwingen, und in einem solchen Kampfe siegt der größere Geldbeutel.“ Die Opposition gegen den Abstieg findet noch am stärksten im Oberhaus ihren Widerhall: Lord Wemyß

[5]) Briefe Th. Roosevelts.

verlangt im Vorjahre die Rückkehr zur alten Freibeuterzeit und das Zerbrechen aller Fesseln. Die Lords Beatty und Jellicoe verurteilen heftig den Flottenvertrag. Das Land bleibt stumm, es bezahlt seine Steuern und Arbeitslosen, sieht die Lage der Schiffahrt, Kohlen- und Schwerindustrie, die Totenstille in Lancastershire und läßt die Labour-Regierung gewähren. Die Presse geht nicht über die Verteidigung gegen gröbere amerikanische Ausfälle hinaus, aber die Verstimmung wächst und an Zeichen beginnenden Widerstandes fehlt es nicht mehr. Das Flottenprogramm bis 1936 wurde schon erwähnt. Die Entscheidung darüber im September wird von großer Bedeutung sein, da sie das Tempo der amerikanischen Aufrüstung zur Parität bestimmen muß. Lord d'Abernons erfolgreiche Sendung nach Südamerika hat die dort im Verborgenen entstandenen Widerstandskräfte gegen den Dollar-Imperialismus zu sammeln begonnen. Stärkere Wirkungen werden unter Beteiligung der staatlichen und proletarischen anti-imperialistischen Ligen folgen. Man weiß, wie hart die letzte panamerikanische Konferenz 1929 an einer Auflehnung der Lateinstaaten gegen die nordamerikanische Führung vorbeigesteuert wurde. Eine ebensolche Kommission geht im September nach Südafrika ab. Die Haltung Englands in der ägyptischen und indischen Krisis ist kraftvoll und hat sich eher versteift. Der Reichsschutzzoll Lord Beaverbrooks marschiert, seit die Konservativen dafür gewonnen und mit den Großbanken der City auch das Gros des Liberalismus überzeugt werden konnte. Die stärkste Form der Abwehr gegen die Dollar-Invasion beginnt damit Leben zu gewinnen, und die kommende Reichskonferenz wird die Dominien vor die gleiche Entscheidungsfrage stellen. Der Vorgang Canadas in der Erhöhung der englischen Vorzugsrabatte hat den Weg bereits gewiesen, und die zunehmende Not in den heute industriell auch interessierten Dominien Australien, Neuseeland und Südafrika wird sie der zu erwartenden Aufforderung geneigter machen, als bisher. Das ist der offene Handelskrieg, der Gegenangriff gegen den amerikanischen, der, wie wir sahen, heute bereits seine Reserven aufbietet, und „der Handelswettbewerb ist", wie Wilson am 3. September 1919 verkündet hat, — leider ohne Nutzanwendung auf die Ursachen der Weltkatastrophe — „der Same jedes großen Krieges".

Ausblick.

Wir hatten die Frage dahin gestellt, ob England aus seiner jetzigen Lage heraus den bedingungslosen Anschluß an die Vereinigten Staaten weiter verfolgen, sich mit dem Niedergange seiner Weltstellung abfinden und mit der eines „junior partners" oder besser eines durch Fusion übernommenen, nicht mehr ganz lebensfähigen Unternehmens begnügen werde. Wir glauben diese Frage verneinen zu sollen und glauben, daß England kämpfen wird. Die in Amerika herrschende imperialistische Stimmung hält einen Widerstand dagegen für unwahrscheinlich, sieht die Möglichkeit einer kämpferischen Auseinandersetzung jedoch für groß genug an, um das Land durch Milizdienst, Übungslager und unablässige militärische Vorbereitungen aller Art einschließlich der Flotte für diesen Fall vorzubereiten. Die Rassengemeinschaft hat nichts mehr mit diesen Schicksalsfragen zu tun. Es handelt

sich um Wirtschaftskräfte von nicht mehr zu beherrschendem Ausmaß, nicht um Shakespeare- und Dickens-Gemeinden. Ihr Machtkitzel mag durch die gegenwärtige Wirtschaftskrisis eine Belehrung erfahren haben, denn man kann auch auf Rohstoffen hungern, wenn die Welt der ausländischen Abnehmer streikt und eine Abwehrorganisation von der Stärke des englischen Weltreiches sich abzuheben beginnt. Viel wird für den Ausgang daher von der Stärke und Entschlossenheit dieser englischen Verteidigung abhängen. Die englische Politik wird u. E. ihre Kräfte ferner darauf richten, ihre Stellung in Lateinamerika zu festigen, die früheren engen Beziehungen zu Japan wieder zu beleben und in Europa einen Kurs zu steuern, der ihr mindestens eine der großen Mittelmeermächte zu Dank verpflichtet. Fällt diese Wahl auf Italien, so wird Frankreich in Europa Stellung verlieren und bei den Vereinigten Staaten und Deutschland Entlastung suchen. In diesem Falle wird England einer sehr großen Verstärkung seiner Luftverteidigung näher treten müssen, die überhaupt ratsam sein wird. Geht England den vielleicht zunächst leichteren Weg über Frankreich, so kann Italien dennoch auf annehmbare Kompensationen rechnen, jedoch bleibt dann das auch für England nicht erwünschte Übergewicht Frankreichs bestehen. Wir möchten also den Schlüssel der nächsten Zukunft für Europa in Englands grundsätzlicher Entscheidung gegenüber Amerika und in dieser Option gegenüber Frankreich und Italien erblicken, die aber ganz gewiß nicht schnell oder in schneidenden Formen zu erwarten ist. Vielmehr wird ein Hinhalten der beiden rivalisierenden Mächte, ganz im Sinne des oft totgesagten europäischen Gleichgewichts, Englands Interessen am besten dienen. Amerika allerdings kann Englands Karte forcieren, wenn es selber an eine Mittelmeermacht engeren Anschluß nimmt. Einstweilen ist nach der ganzen Einstellung des Senats und auch Hoovers mit einem solchen Schritt nicht zu rechnen, sondern Amerika wird seinen „schmerzlosen Imperialismus" wie bisher nur noch stärker spielen lassen. Die Krisis wird aber kaum aufs Unbestimmte zu vertagen sein, und widerstrebend folgt man Stalins Kommentar auf dem russischen Parteikongreß über die Verschärfung der Gegensätze zwischen den hochkapitalistischen Ländern, womit die Kriegsgefahr in beschleunigtem Tempo zunehmen werde. Frankreich und Italien fühlen das Herannahen des Sturmes, der bei ihnen ja aus anderen Ursachen entfacht ist, als wir sie hier betrachtet haben, und lassen den Beginn einer Verständigung über ihre Flottenstärken sichtbar werden. Eine Einigung der beiden Mächte ist jedoch bei der Größe ihrer Gegensätze überaus unwahrscheinlich, beide werden in den Wirbel des angelsächsischen Kampfes gerissen. Das übrige Europa aber, das in jedem Falle nur das Opfer der großen angelsächsischen Auseinandersetzung wie eines etwaigen angelsächsischen Blockes sein kann (der ja immerhin versuchsweise und zeitweise denkbar ist), muß dieser Entwicklung mit den schwersten Besorgnissen entgegensehen. Es kann u. E. seine Aufgabe in nichts anderem erblicken, als seine im Briand'schen Vorschlag so hemmungslos travestierte Einigung auf wirtschaftlicher und politischer Grundlage schleunigst zu vollziehen, auch wo es Opfer kostet, und dann sein ganzes Gewicht gegen die beiden geschilderten Zukunftsmöglichkeiten in die Wagschale zu werfen, gegen den

Kampf sowohl wie gegen das Pontifikat der Angelsachsen. Mit einem Worte: Die europäische Wirtschaftseinheit wird zur historischen Forderung, was auch immer in den Noten der Regierungen an Warnungen vor kontinentaler Gruppenbildung stehen möge. Die belgische Regierung kommt dieser Einsicht noch am nächsten. Und diese Wirtschaftseinheit ist einzusetzen gegen die das ganze Chaos verursachende Kraft der amerikanischen Wirtschaft. Bedarfseinschränkung, erhöhte Eigenproduktion, Bezug aus anderen Ländern, Rohstoffersatz sind die Waffen in diesem Kampf, der bestimmt ist, die Vereinigten Staaten aus überherrschender Stellung in Reih und Glied zurückzuzwingen und ihnen den Aderlaß zu bereiten, den sie und die Welt zur Gesundheit brauchen. Europas Machtmittel müßten, zusammengefaßt, für diese Aufgabe ausreichen. Trotz hoffnungsvoller Einschätzung aller Momente, die eine baldige Entscheidung hinauszögern, besteht sonst, wie der Weltkrieg gelehrt hat, die Gefahr einer Zuspitzung der Gegensätze, bis keine Macht der Welt mehr das Verhängnis aufhalten kann. Die heute in Bewegung geratenen Kräfte übertreffen aber noch die des Weltkriegs.

Das Verhältnis der Sudetendeutschen zum tschechoslowakischen Staat.

Von **Wilhelm J. Sebekovsky.**

1. Das Bild der Lage.

Parlament und Regierung des tschechoslowakischen Staates sind in die Ferien gegangen. Damit scheint ein erster Abschnitt der politischen Tätigkeit abgeschlossen zu sein, der mit den Neuwahlen im Herbste vergangenen Jahres begonnen hat und einer neuen Regierung Gelegenheit gab, die Geschicke des Landes nach ihrem besten Wissen und Gewissen zu lenken. Die Wahlen im Oktober des Jahres 1929 sind weniger nationalitätenrechtlich von Bedeutung als vielmehr deshalb, weil sie den sozialistischen Parteien aller Völker, die in der Tschechoslowakei ihren Wohnsitz haben, einen Stimmen- und Machtzuwachs gebracht haben. Das mag vor allem darin seinen Grund haben, daß von 1926 bis 1929 eine Bürgerblockregierung an der Herrschaft war, welche dem Sozialismus übergenug Gelegenheit gab, Kritik zu üben und den Wählermassen zugkräftige Versprechungen zu machen. Dem tschechischen Agrarier Udrzal, der mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt wurde, ist es auch nicht gelungen, eine tragfähige Koalition aus bürgerlichen Parteien zustande zu bringen und er sah sich nach wochenlangen Verhandlungen gezwungen, alle drei sozialistischen Parteien: die tschechischen Nationalsozialisten, die deutschen Sozialdemokraten und die tschechischen Sozialdemokraten zur Bildung einer Parlamentsmehrheit heranzuziehen. Die gegenwärtige Regierung ist also wiederum eine national gemischte. Auf deutscher Seite wurden die Christlichsozialen und die Gewerbepartei ausgeschifft, ihre Stelle nehmen nunmehr die Sozialdemo-